

KURZ NOTIERT

Polizei sucht Fahrer eines rumänischen Lkws

HUCHEM-STAMMELN Weil der Fahrer eines Sattelzuges am Mittwochkurz vor 22 Uhr, auf der B56 in Richtung Düren keine Anstalten machte, auf den rechten Fahrstreifen zu wechseln, wollte ein 21-jähriger Autofahrer aus Düren rechts an ihm vorbeifahren. Als sich der junge Mann mit seinem Auto seitlich neben dem Anhänger des Lkw befand, wechselte dieser dann doch auf den rechten Fahrstreifen und touchierte den Pkw, der ins Schleudern geriet und gegen eine Leitplanke prallte. Der Lkw-Fahrer setzte seine Fahrt in Richtung A4 fort. Der junge Fahrer wurde mit leichten Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Wagen blieb noch fahrbereit und wurde bei einer nahegelegenen Werkstatt abgestellt. Zum flüchtigen Lkw kann lediglich gesagt werden, dass dieser ein rumänisches Kennzeichen hatte. Zeugen, die Hinweise zum Unfall oder dem noch flüchtigen Lkw und dessen Fahrer machen können, werden gebeten, sich bei der Polizei Düren unter 02421/949-6425 zu melden.

Gewässerschau nach der Flut in Langerwehe

LANGERWEHE Im Rahmen der Bürgerdialoge ist in Langerwehe der Wunsch geäußert worden, eine gemeinsame Gewässerschau nach der Flut vorzunehmen. Deswegen finden nun nach Absprache mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren, dem Wasserverband Eifel-Rur und der Gemeinde zwei Begehungen statt, wie die Verwaltung mitteilt. Die Termine sind wie folgt: Donnerstag, 12. Mai, 13 Uhr, Treffpunkt an der Brücke Burgstraße zur Begehung des Wehebachs in Luchem sowie Langerwehe, und Dienstag, 17. Mai, 13 Uhr, Treffpunkt Ecke Weberstraße/Schloßstraße zur Begehung des Meroder Bachs in D'horn und Merode. Eingeladen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Landtagswahl: Ein Infozentrum im Kreis

KREIS DÜREN Der Kreis Düren wird zur Landtagswahl am Sonntag, 15. Mai, ab 18 Uhr im Kreishaus wieder ein Informationszentrum einrichten. Im Laufe des Abends werden im Sitzungssaal B 130 (Bismarckstraße 16 in Düren) die aktuellen Ergebnisse, Entwicklungen, Wahlvergleiche und alles Wissenswerte rund um die Wahl verkündet. Zudem werden vor dem Raum A158 Datenstationen aufgestellt, an denen Interessierte die Wahlergebnisse eigenständig abrufen können. Für den Zutritt zum Kreishaus besteht weiterhin die Maskenpflicht (medizinische Maske oder FFP2). Es besteht außerdem die Möglichkeit, die Ergebnisse am Wahlabend online über die Homepage des Kreises Düren unter www.kreis-dueren.de zu verfolgen.

Eifeljahrbuch 2023: Beiträge gesucht

DÜREN Der Eifelverein sucht für die Herausgabe seines Eifeljahrbuches 2023 noch Beiträge von Hobby-Autoren und Heimatkundlern. Gefragt sind Themen über Wirtschaft, Kunst, Kultur, Landschaft oder Natur mit Bezug zur Eifel. Aber auch Anekdoten und Schmunzelgeschichten, Sagen und Erzählungen sowie Jugendgeschichten sind willkommen, sofern sie aus der Eifel stammen. Gedichte sind nicht erwünscht. Die zwischen drei und fünf Seiten lange Manuskripte mit Fotos und Bildtexten sollten bis zum 31. Mai bei der Hauptgeschäftsstelle des Eifelvereins in Düren, E-Mail: post@eifelverein.de, eingereicht werden. Bei Veröffentlichung wird laut Verein ein Anerkennungshonorar gezahlt. Das reich bebilderte und etwa 200 Seiten starke Eifeljahrbuch wird seit 1926 vom Eifelverein herausgegeben. Die Auflage beträgt rund 3000 Stück.

Noch fehlen die benötigten Jobs

Zwei Experten fordern von der künftigen Landesregierung: Der Strukturwandel muss schneller werden.

VON GUIDO JANSEN

KREIS DÜREN Wer mit einer einfachen und kurzen Antwort auf die Frage rechnet, wie der Strukturwandel im Rheinischen Revier läuft, der ist mutmaßlich ziemlich naiv. Strukturwandel, das ist der Oberbegriff für alle Prozesse, die aktuell laufen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen als Gegengewicht zu denen, die wegfallen, weil irgendwann in den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden keine Braunkohle mehr abgebaut wird.

„Es läuft besser als damals“ und „Es müsste besser laufen“: So lautet die Spannweite der Antwort zweier Männer, die das Thema Strukturwandel schon seit Jahrzehnten kennen: Emil Frank, der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Aldenhoven, und Josef-Johann Schmitz, SPD-Ratsherr aus Inden und stellvertretender Vorsitzender des Braunkohleausschusses Köln. Vor allem die zweite Aussage würden beide Männer der künftigen Landesregierung für die Zeit nach der Landtagswahl am 15. Mai mit dicker roter Farbe ins Hausaufgabenheft schreiben – wenn sie könnten.

Der gerade beginnende Ausstieg aus der Braunkohle ist nicht der erste Prozess dieser Art, den Frank und Schmitz miterleben. Vor allem Frank kann da viel drüber erzählen, welche Folgen das Aus der Steinkohle-Zeche Emil Mayrisch in Siersdorf für die Gemeinde gehabt hat. 1991 kam Frank nach Aldenhoven, damals geholt für die Funktion des Gemeindedirektors. Von 1999 an war er bis zu seinem Ruhestand

2007 Bürgermeister in Aldenhoven. „1992 machte die Zeche dicht“, erinnert sich Frank. „Bis dahin war Aldenhoven Dank der Steinkohle eine reiche Gemeinde. Ab Mitte der 90er Jahren konnten wir eigentlich nur Schulden verwalten“, berichtet Frank, warum in Aldenhoven damals ein Strukturbruch passiert war, der bis heute nachwirkt. Mit dem Eschweiler Bergwerksverein als Zechenbetreiber war der größte Gewerbesteuerzahler weg, die Kaufkraft der Bürger sank.

Fördergelder sollen fließen

Aldenhoven hatte damals auch einen Vorteil: Fast 1200 Bergleute konnten aus der Zeche in die RWE-Tagebaue wechseln. Andere nahmen einen Umzug oder einen langen Arbeitsweg in Kauf, um beispielsweise in der Zeche in Neukirchen-Vluyn zu arbeiten. Ein solches bereits fertiges Auffangbecken gibt es heute nicht. Dafür aber Fördergelder, die fließen sollen, damit neue Arbeitsplätze in neuen Berufsfeldern entstehen. Es sei ein Fehler gewesen, dass es damals kaum Förderprogramme gab für die Städte und Gemeinden, die mit der Steinkohle gut gelebt hatten. „Gut, dass das jetzt anders läuft“, sagt der ehemalige Bürgermeister. Anders ja, aber ob es besser läuft – das vermag Frank nicht zu sagen.

Schmitz, seit 1975 Ratsherr in der Tagebaugemeinde Inden, ist skeptisch, nämlich Inden, ist skeptisch. „Da muss mehr kommen. Und vor allem schneller“, sagt der Mann, der unter anderem auch dem Arbeitskreis



Hier ist 2030 Schluss mit dem Abbau der Braunkohle: Der Tagebau Inden ist der kleinste der drei Tagebaue im Rheinischen Revier.

FOTOS: GUIDO JANSEN

Hambach im Braunkohleanschluss vorsteht. Eben jenem Tagebau, in dem schon in diesem Jahr Arbeitsplätze abgebaut werden. „Bisher sind die neuen Arbeitsplätze nicht entstanden, obwohl das so versprochen worden war“, bemängelt Schmitz. Die Länge des Qualifikationsprozesses, den Projekte durchlaufen müssen, um Fördergelder zu erhalten, sei zu groß.

„Eigentlich wäre wichtig, dass neue Arbeitsplätze vorhanden sind, wenn woanders bewusst Stellen weggenommen werden. Das haben wir bisher nicht erreicht.“ Schmitz erwartet auch von der künftigen Landesregierung, dass sie auf die veränderten Bedingungen für den Tagebau Hambach reagiert. Für Inden sei schon lange klar gewesen, dass 2030 Schluss ist. Mit Blick auf Hambach hat es in den

„Wenn wir nicht schneller werden, dann droht uns längerfristig ein Verlust an Kaufkraft.“

Josef-Johann Schmitz, stellvertretender Vorsitzender des Braunkohleausschusses Köln

vergangenen Jahren eine Wende gegeben, die zur Folge hat, dass im größten Tagebau des Reviers das Ende früher kommt, nämlich fast zeitgleich mit Inden. Schmitz erwartet hier von Landes- und Bundesregierung mehr Tempo.

„Die Böschung im Tagebau Inden ist 150 Meter tief, in Hambach 400 Meter“, deutet Schmitz an, wie viel mehr Tempo notwendig ist, wenn

das größere Loch mit deutlich weniger Vorlauf versorgt werden soll. „Wenn wir nicht schneller werden, dann droht uns längerfristig ein Verlust an Kaufkraft.“ Schneller sei nicht der einzige Vermerk in Rot, den die Landesregierung von Frank und Schmitz erhielt. Es müsse auch anders laufen.

Ausstieg rückt näher, Druck steigt

Frank erinnert sich an die Pläne während seiner Amtszeit, eine Therme in Aldenhoven zu bauen. Für die sogenannte Römertherme habe es schon Bebauungspläne gegeben, einen willigen Investor und die Zustimmung des Landes. „Und dann hat die Bezirksregierung das Projekt gebremst, weil sie mit der Zufahrt nicht einverstanden war“, sagt Frank. Die Folge:

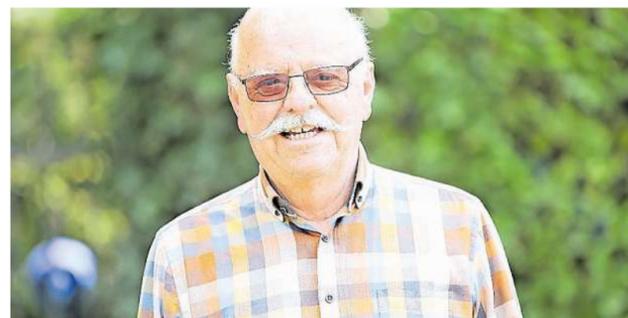
Aufgrund der Verzögerung sei der Investor abgesprungen. Genau das dürfe heute nicht mehr passieren, wo der Braunkohleausstieg immer näher rückt, und der Druck steigt. Das zugesagte Fördergeld müsse schneller fließen, und alle Genehmigungsinstanzen müssten besser verzahnt sein, sodass beispielsweise eine Bezirksregierung eine Ebene tiefer nicht das Stoppschild aufstellt,

wenn eine Landesregierung schon grünes Licht gegeben hat.

Ein Letztes merkt Frank noch an, aus seiner Erfahrung aus vielen Jahren SPD-Landesregierung, beispielsweise zur Zeit des Endes von Emil Mayrisch: „Das Land hatte viel zu lange nur die Metropolen im Blick, die großen Städte und das Ruhrgebiet. Die ländlichen Bereiche haben darunter gelitten. Gerade jetzt im Strukturwandel ist es unbedingt nötig, dass die Regierung das Wohl der kleinen Städte und Gemeinden zur Chefsache macht.“



Der Indener SPD-Politiker Josef-Johann Schmitz ist stellvertretender Vorsitzender des Braunkohleausschusses.



Er hat während einer Dienstzeit in Aldenhoven einen Strukturbruch miterlebt: Ex-Bürgermeister Emil Frank.

Kinderklinik Birkesdorf wird moderner und größer

Die Erweiterung ist keine einfache Operation. Und sie ist teuer. Jetzt beginnt das Zehn-Millionen-Euro-Projekt.

VON VOLKER UERLINGS

BIRKESDORF Baustoffknappheit und steigende Preise haben schon deutliche Spuren hinterlassen in der Kostenkalkulation. Wenn nun die Kinderklinik am St. Marien-Hospital in Birkesdorf erweitert und die Kinderintensivstation erneuert wird, dann sollte das einmal für rund sieben Millionen Euro zu haben sein. Inzwischen rechnen die Verantwortlichen um Geschäftsführerin Ulrike Hoberg mit Kosten von zehn Millionen Euro. Sie ist dennoch froh, dass es endlich losgeht.

Ende 2019 überreichte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann den Förderbescheid über 2,4 Millionen Euro, danach warf die Corona-Pandemie alle Zeitpläne über den Haufen. Ralf Nolten (CDU, MdL) hatte auf den Topf für Einzelmaßnahmen aufmerksam gemacht und die Antragstellung begleitet, wie Hoberg am Donnerstag berichtete.

Langwieriger Planungsprozess

Danach habe ein in Pandemiezeiten langwieriger Planungsprozess begonnen, jetzt aber sind die Schritte definiert. Noch in diesem Monat be-

ginnt der Bau einer neuen Kinderintensivstation im Haupthaus, die sich in unmittelbarer Nähe der Kreißäle befinden wird und dann gegenüber dem Ist-Zustand die Wege erheblich verkürzt. Das soll bis Dezember abgeschlossen sein. Drei Monate wird dann der Umzug von der alten zur neuen Intensivstation in Anspruch

nehmen. Gleich im Anschluss beginnt im März 2023 die Erweiterung und Sanierung der viergeschossigen Kinderklinik.

„Damit setzen wir einen Meilenstein für eine zukunftsorientierte und spezialisierte Versorgung von Früh- und Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen im ländlichen

Bereich“, erklärte die Geschäftsführerin mit spürbarem Stolz. Der 50 Jahre alte Bau wird seine heutigen Balkone verlieren, weil diese Flächen überbaut und ins Gebäude integriert werden, um mehr Raum zu gewinnen. Am Ende sollen 4500 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Diese Zusatzflächen vergrößern die

Stationen im Gebäude grundsätzlich, im Speziellen aber auch um Nasszellen und Elternbereiche.

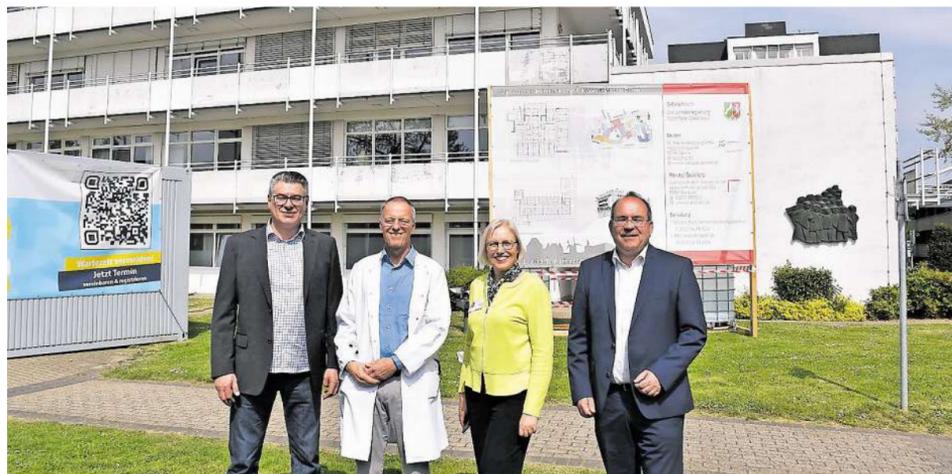
Noch vor einigen Jahren sei es „unvorstellbar“ gewesen, dass Mütter und Väter in den Intensivzimmern bei ihren Kindern schlafen. Das habe sich grundlegend geändert, erklärte Chefarzt Dr. Ulrich Pohlmann.

Eltern als Co-Therapeuten

Die Philosophie dahinter ist, dass die Behandlungszeit von Kindern im Krankenhaus erheblich verkürzt werden soll. „Und dann braucht man die Eltern Tag und Nacht am Bett“, sagte Pohlmann, sie würden betreut und in die spätere Nachsorge zu Hause eingewiesen. Der Chefarzt: „Eltern als Co-Therapeuten.“

Innerhalb der neuen Kinderklinik wird es auch eine neue Wahlleistungsstation mit 15 Privatzimmern geben, wie das St. Marien-Hospital, das sich in Trägerschaft der Josefs-Gesellschaft befindet, am Donnerstag informierte.

Um- und Ausbau sollen Ende 2024 beendet sein, wenn die Arbeiten im laufenden Betrieb planmäßig vonstattengehen.



Um- und Neubau der Kinderklinik Birkesdorf: Architekt Ingo Mintrop (v. l.), Geschäftsführerin Ulrike Hoberg, Chefarzt Dr. Ulrich Pohlmann und Ralf Nolten (MdL) gaben den Startschuss für das Zehn-Millionen-Euro-Projekt. FOTO: VOLKER UERLINGS